



Härten statt aufweichen!

Rechtzeitig vor der Wahl 2006 hat die Bundesregierung die Aufweichung des Europäischen Stabilitätspaktes erreicht. Diverse, dehnbar formulierte Sonderbelastungen sollen nicht mehr in die nationale Defizitberechnung einfließen. Den europäischen Regierungen ist damit die Hintertür zu noch höheren Schulden weit geöffnet.

Notwendig wäre statt dessen eine striktere Durchsetzung des Paktes gewesen, um Europas finanzpolitische Disziplin und Deutschlands finanzielle Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies betont der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Mitte März erschienenen Studie „Den Stabilitäts- und Wachstumspakt härten“.

Um ein dauerhaft stabiles Preisniveau in der EU zu garantieren, sieht der Pakt u.a. vor, daß die Schuldenquote in den Mit-

gliedstaaten nicht über 60 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes ansteigen darf. Um dies zu gewährleisten, schlägt der Kronberger Kreis eine Doppelstrategie vor: Zum einen muß der Kommission eine stärkere Sanktionsbefugnis eingeräumt werden. Ihre Vorlagen, etwa bei Defizitverfahren, müssen im Rat der europäischen Finanzminister größeres Gewicht bekommen. So würde der verdeckte Stimmenhandel zumindest erschwert.

Zum anderen sollte verstärkt auf strukturelle Staatsdefizite geachtet werden. Mit einer zusätzlichen Obergrenze für strukturelle Defizite in Höhe von 60 % der Wachstumsrate des jeweiligen nationalen BIP würde eine klare Trennung zwischen der vorübergehenden Wirkung einer ungünstigen Konjunkturentwicklung und inakzeptablen Schulden durch verantwortungslose Finanzpolitik möglich.

Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Editorial: Stabilitätspakt

Rückblick (S. 3)

Tagungen und Expertisen: Kronberger Kreis-Studie zur Pflege

Ausblick (S. 4)

Projekte in Vorbereitung: Themenschwerpunkte 2005

Einblick (S. 5)

Stiftung Marktwirtschaft intern: Vorstellung neuer Mitarbeiter

Überblick (S. 6, 7)

Konzepte und Analysen: Arbeitslosenversicherung: Beitragssenkung ist möglich

Durchblick (S. 8)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Kommission „Steuergesetzbuch“

Seitenblick (S. 2-8)

Im Spiegel der Presse: Ausgewählte Medienresonanzen

Zur Reduzierung des deutschen Defizits schlägt der Kronberger Kreis vor, auch die Bundesländer in die Pflicht zur Einhaltung des 3%-Defizitkriteriums einzubinden. Nach einem festen Schlüssel sollte das zulässige Gesamtdefizit auf Bund und Länder aufgeteilt und gemeinsam verantwortet werden. Gleichzeitig sollte einem unabhängigen Finanzstabilitätsrat die Überwachung und öffentliche Bewertung der Haushaltslagen in Bund und Ländern übertragen werden. So würden alle Gebietskörperschaften in ein transparentes Verfahren eingebunden.

Siehe auch Editorial S. 2

Seitenblick**Börsen-Zeitung**

Kronberger Kreis gegen Reform
Stephan Lorz berichtete: „Die im Kronberger Kreis versammelten Ökonomen haben in einer Art letztem Aufruf zum entscheidenden Treffen der EU-Regierungschefs nochmals vor einer Aufweichung des Stabilitätspaktes gewarnt.“ Letztlich, so zitierte er Manfred J.M. Neumann, würden die Folgen einer solchen Aufweichung den Fiskus über höhere Zinsausgaben „teuer zu stehen kommen.“ (15. März 2005).

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Gastkommentar Prof. Neumann
„Ist es nicht ein Treppenwitz der Weltgeschichte? Nicht mehr als acht Jahre ist es her, daß auf Drängen Deutschlands der Stabilitätspakt geschaffen wurde.“ Und nun dränge die Regierung auf eine Reform, die den Pakt zur Makulatur macht, so Prof. Neumann in seinem Gastkommentar. Er forderte, den Stabilitätspakt zu härten: durch Stärkung der Kommission, Deckelung der strukturellen Defizite und ein wirksames Verfahren der Schuldenbegrenzung von Bund und Ländern in Deutschland (15. März 2005).

Frankfurter Allgemeine

EU-Kommission stärken
Um die Regierungen in der EU von übermäßiger Schuldenpolitik abzuhalten, müsse die Rolle der Kommission in der Anwendung des Stabilitätspaktes gestärkt werden – dies bezeichnete Patrick Welter als Kernforderung der Kronberger Kreis-Studie. Eine gestärkte Kommission könne dazu beitragen, daß der Stabilitätspakt besser beachtet werde (15. März 2005).

Handelsblatt

Für nationalen Stabilitätspakt
Marietta Kurm-Engels berichtete über die Forderung des Kronberger Kreises, klare Rechtsgrundlagen zur Abstimmung und Begrenzung der Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Faktisch ließen die Länder den Bund bei Erfüllung der EU-Vorgaben allein (15. März 2005).

**Staatsverschuldung:
Droge, nicht Medikament**

Machen wir uns nichts vor – die jüngst beschlossene „Reform“ des Europäischen Stabilitätspaktes ist dessen kaum verhülltes Ende. Das dabei angeblich angestrebte Ziel, die „Stärkung der Wachstumskomponente“, ließe sich auf mindestens 100 anderen Wegen leichter erreichen. „Wer im Loch sitzt, soll mit dem Graben aufhören“, sagen die Amerikaner. Und was machen die Regierungen Deutschlands und Frankreichs? Beide sitzen schon in der Schuldenfalle, beide bemühen sich nicht einmal mehr, über den Rand hinauszuschauen, beide greifen zu größeren Schaufeln – und zwingen mit nackter Erpressung vor allem die kleineren EU-Länder, selbst mit an der eigenen Grube zu graben.

Es war einmal... eine Bundesregierung, die für 2006 die Nullverschuldung anvisierte. Sie ist schon länger dem „süßen Gift“ (Hans Eichel) erlegen und hat es nun noch zum Medikament verklärt. Doch allen, die jetzt jubeln, sollte die vehemente Kritik der unabhängigen Institutionen Europäische Zentralbank und Deutsche Bundesbank zu denken geben, die sich über das Ergebnis „ernsthaft besorgt“ zeigen und konstatieren, die Anreize für eine solide Haushaltspolitik würden vermindert. Natürlich tut Sparen weh – in der aktuellen Konjunktursituation ohnehin. Aber unser Haushaltsdefizit ist weniger Folge konjunktureller als struktureller Verwerfungen und vor allem Ergebnis mangelnder Haushaltsdisziplin. Dies belegt auch der Kronberger Kreis in seiner jüngsten Studie „Den Stabilitäts- und Wachstumspakt härten“.

Wir haben lange genug auf Kosten der Zukunft gelebt. Nicht nur die offiziellen Staatsschulden belasten unsere Nach-



kommen, sondern auch die impliziten Schulden durch Ansprüche gegen die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt durch die umfangreichen Pensionslasten. Verschärft wird das Problem noch durch die demographische Entwicklung: Für die Schulden, die wir heute aufhäufen, sind morgen immer weniger junge

Menschen da, um die Zeche zu zahlen.

Deshalb ist jetzt höchste Zeit zur Umkehr. Der Spardruck aus Europa wird nachlassen – um so wichtiger ist ein nationaler Stabilitätspakt, wie ihn der Kronberger Kreis in seiner Studie fordert. Es gilt, die Bundesländer mit in die Pflicht zu nehmen und auch ihnen mehr Haushaltsdisziplin aufzuerlegen. Durch einen unabhängigen Finanzstabilitätsrat kann der öffentliche Druck erhöht werden, damit weiteres unverantwortliches politisches Handeln verhindert wird.

Dies wäre auch eine Chance, auf europäischer Ebene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen: Denn so reizvoll es tagesspolitisch aus Sicht der „Schuldenländer“ Deutschland, Frankreich und Italien ist, sich durch Flexibilisierung des Europäischen Stabilitätspaktes Handlungsspielräume zu erkaufen: Wir werden schon morgen bitter dafür bezahlen. Und bei den Bürgern der alten und neuen Mitgliedstaaten verfestigt sich – zu Recht – der Eindruck, in der EU ginge es nicht um eine großartige Idee oder gemeinsame nachhaltige Entwicklung, sondern um kurzfristige und vermeintliche nationale Vorteile. Dafür werden die Regeln dann situativ den Fakten angepaßt. So dürfen wir uns über EU-Verdrossenheit und Desinteresse nicht mehr wundern.

Prof. Dr. Michael Eilfort ist Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

Tragfähige Pflegeversicherung

10 Jahre nach ihrer Einführung steht die soziale Pflegeversicherung vor einem finanziellen Desaster. Denn die demographische Entwicklung nimmt sie von zwei Seiten her in die Zange: Die Anzahl der Beitragszahler schrumpft, die Anzahl der Leistungsbezieher steigt. Die Personalkosten im Pflegebereich sind hoch, es gibt kaum Einsparpotentiale. Im bisherigen System wäre die einzige Lösung eine Einschränkung der Pflegeleistungen – was niemand wollen kann.

Deshalb ist eine Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren dringend notwendig, urteilt der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner neuen Studie „Tragfähige Pflegeversicherung“. Die wichtigsten Forderungen in zehn Punkten:



- (1) Jeder Bundesbürger ist verpflichtet, eine Pflegeversicherung abzuschließen, mit der eine Mindestabsicherung gewährleistet wird.
- (2) Die Versicherungsprämien der kapitalgedeckten Pflegeversicherung bilden sich im Wettbewerb und orientieren sich an den erwarteten Kosten im Pflegefall.
- (3) Die Prämie wird ausschließlich vom Versicherten gezahlt. Der derzeitige Arbeitgeberanteil wird als Brutto-lohnbestandteil ausgezahlt.
- (4) Die Versicherungen bilden Altersrückstellungen, um extreme Beitragslasten im Alter zu vermeiden.
- (5) Die Altersrückstellungen sind nach den individuellen Risiken der Versicherten zu differenzieren. Bei einem Versicherungswechsel können sie mitgenommen werden.
- (6) Jeder Versicherte übernimmt im

Rahmen der Mindestversicherung einen prozentualen Anteil an den anfallenden Pflegekosten.

- (7) Versicherte, die ihre Prämie und die Selbstbeteiligung nicht bezahlen können, erhalten eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.
- (8) Die Trennung zwischen gesetzlichen und privaten Versicherungen entfällt.
- (9) Mittelfristig sollte die Pflegeversicherung in eine kapitalgedeckte Krankenversicherung integriert werden.
- (10) In der Einführungsphase der kapitalgedeckten Pflegeversicherung soll ein Höchstbetrag für die Versicherungsprämie von etwa 50 Euro monatlich je Versicherten gelten. Diese wird in der Regel für Menschen unter 60 Jahren ausreichen, um einen Versicherungsschutz auf bisherigem Niveau zu erhalten.

Für ältere oder kranke Menschen macht der Kronberger Kreis folgende Vorschläge für den Übergangszeitraum:

Denjenigen, die bereits pflegebedürftig sind, ist Vertrauensschutz zu gewähren. Ähnliches gilt für Menschen mit einem hohen Pflegerisiko. Auch für sie wäre eine risikobezogene Prämie unbezahlbar hoch.

Während eines mehrjährigen Übergangszeitraums erhalten Personen, die sich mit einer relativ hohen Prämie gegen das Pflegekostenrisiko absichern müßten, abgestufte öffentliche Zuschüsse. So wird der Versicherungsschutz auch für sie bezahlbar, Härtefälle sind vermeidbar.

Die aktuellen Studien des Kronberger Kreises

Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Wolfgang Franz, Clemens Fuest, Bernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann (Kronberger Kreis): **Tragfähige Pflegeversicherung**. Herausgeber: Stiftung Marktwirtschaft (Januar 2005).

Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Wolfgang Franz, Clemens Fuest, Bernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann (Kronberger Kreis): **Den Stabilitäts- und Wachstumspakt härten**. Herausgeber: Stiftung Marktwirtschaft (März 2005).

Seitenblick



Zeit zum Handeln

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises, stellte in seinem Gastkommentar das Modell des Kreises zur Reform der Pflegeversicherung vor. „Entscheidend ist die Umstellung auf ein nachhaltig stabiles Kapitaldeckungsverfahren, das die Verlagerung von Kosten auf die nächsten Generationen beendet und die Arbeitsverhältnisse nicht länger belastet.“ Wichtig sei, daß schnell gehandelt werde. Denn die Umstellungskosten stiegen ständig an (11. Februar 2005).

DIE WELT

Pflege privat finanzierbar

Alexander von Gersdorff rief im Kommentar die Fachpolitiker auf, sich mit der Studie des Kronberger Kreises zu beschäftigen. Das Reformmodell komme zur rechten Zeit, die Diskussion über eine Reform der Pflege dürfe nicht weiter aufgeschoben werden (26. Januar 2005).



Radikales Modell

Nadine Hüdaverdi und Thomas Wolf schrieben über Reformmodelle für die Pflegeversicherung. Darin berichteten sie auch über das Konzept des Kronberger Kreises, konstatierten aber auch: „In der Politik ist die Bereitschaft zu derart einschneidenden Reformen bisher jedoch noch gering.“ (16. Februar 2005).



Gastkommentar Michael Eilfort

Michael Eilfort kritisierte im Gastkommentar „Schlußpunkt“, im Gesundheitswesen drohe 2006 die Wahl zwischen Sozialismus pur in Form der rot-grünen Bürgerversicherung und Sozialismus light mit dem Kompromißmodell der Union (1/2005).

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine

EU-Dienstleistungsrichtlinie:

Es gilt, die Chancen zu nutzen

Michael Eilfort bewertete im FAZ-Standpunkt die umstrittene europäische Dienstleistungsrichtlinie als Chance für Deutschland: „Neben den Konsumenten wird auch die Wirtschaft langfristig von der Öffnung des Servicemarktes profitieren.“ Wenn deutsche Unternehmen nun stärker als vormals gezwungen würden, innovative Leistungen zu guten Preisen anzubieten, helfe ihnen das nicht nur im Inland, sondern auch andernorts: „Statt das volkswirtschaftliche Heil nur in Ausnahmen und Abschottung zu suchen, sollte aus der Not neuer Wettbewerber vielmehr die Tugend deutscher Wettbewerbsfähigkeit gemacht werden“ (26. März 2005).

Süddeutsche Zeitung

Echte Entlastung notwendig

Michael Eilfort betonte im Gastkommentar zur Diskussion über eine Unternehmensteuerreform, das Ziel müsse eine echte Entlastung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen sein: „Aufkommensneutrale Steuerreformen sind wie geröstete Schneebälle – der Kuchen muß größer und nicht nur neu zugeschnitten werden!“ Nun gelte es, das breite Bewußtsein für die Notwendigkeit einer weitgehenden Steuerreform konstruktiv zu nutzen. Die Kommission „Steuergesetzbuch“ arbeite an einem langfristig tragfähigen, breit angelegten Konzept: „Reparaturflückwerk ist lange genug betrieben worden.“ (22. März 2005).

N24

Michael Eilfort im Streitgespräch

In den Morgennachrichten von N24 diskutierte Michael Eilfort live mit dem Grünen-Abgeordneten Jerzy Montag über das geplante Anti-Diskriminierungsgesetz. „Angesichts von 5 Mio. Arbeitslosen ist das Gesetz unverantwortlich, denn es schafft nur Arbeitsplätze bei den Anwälten“, so die These von Eilfort (7. März 2005).

Markt und
Wachstum

Soziale
Sicherheit

Wettbewerbsordnung

Pläne der Stiftung für 2005

Die Stiftung Marktwirtschaft hat ihre inhaltlichen Schwerpunkte neu organisiert – in „Markt und Wachstum“, „Soziale Sicherung“ sowie „Wettbewerbsordnung“.

Markt und Wachstum

Unser Hauptziel im Themenbereich „Markt und Wachstum“ ist es, Impulse zu geben für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Denn wir sind davon überzeugt, daß eine Verringerung der Arbeitslosigkeit die größte Herausforderung für unser Land ist. Zugleich ist die Beschäftigungsquote eng verknüpft mit wirtschaftlichem Wachstum: als Ursache und Wirkung. Geplant ist u.a. ein Kongreß „Wege zu mehr Beschäftigung“. Außerdem analysieren wir weiterhin monatlich die Entwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Weitere wichtige Wachstumsbedingungen sind die Wettbewerbsfähigkeit und Vereinfachung des Steuersystems (zur Kommission „Steuergesetzbuch“ siehe S. 8) sowie eine Verringerung der Bürokratie. Auch diese Themen werden uns 2005 intensiv beschäftigen.

Soziale Sicherung

Angesichts der demographischen Herausforderung besteht dringender Handlungsbedarf bei der Reform der Sozialen Sicherungssysteme hin zu einer Kapitaldeckung. In diesem Sinne will die Stiftung Marktwirtschaft in den kommenden Monaten die Diskussion

engagiert mitgestalten. Sie wird sich weiter stark machen für die Lösungsansätze des Kronberger Kreises im Bereich Gesundheit und Pflege und ebenfalls Reformen bei Rente, Arbeitslosenversicherung und Gesetzlicher Unfallversicherung einfordern. Weiterhin werden wir die Umsetzung von Hartz IV kritisch begleiten und kommentieren sowie die ersten Auswirkungen prüfen.

Wettbewerbsordnung

Die Föderalismusreform ist gescheitert – doch eine Entflechtung der föderalen Kompetenzen ist weiterhin dringend notwendig. Denn der föderale Dschungel führt zur Selbstblockade der Politik. Außerdem gilt es, auf allen föderalen Ebenen den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen. Das Problem der Staatsverschuldung wird noch verschärft durch den Bevölkerungsschwund der kommenden Jahrzehnte. Auch diesen schwierigen Problemen wird sich die Stiftung Marktwirtschaft in den kommenden Monaten widmen und Lösungsansätze suchen.

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
verantwortlich: Prof. Dr. Michael Eilfort
Redaktion: Dr. Katrin Schnettler
Tel.: (030) 206057-0
Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

Zwei neue Mitarbeiter stellen sich vor

Hermann Ottmar Gauß, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Volljurist:

„Die Schnittstelle zwischen Recht und Ökonomie ist seit vielen Jahren mein Thema. Schon im Jura-Studium war mein Schwerpunkt das Wirtschaftsrecht. Als Consultant eines internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmens habe ich eine interdisziplinäre Ausrichtung verfolgt und Unternehmen aus juristischer Perspektive beraten.

Dann aber wollte ich mich nicht mehr nur mit den Wirkungen von bestehenden Gesetzen auf Unternehmen beschäftigen, sondern diese selbst mitgestalten: Als Referent für Wirtschaft und Finanzen in einer Bundestagsfraktion habe ich mich dafür engagiert, daß das Parlament ordnungspolitische Rahmenbedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft setzt.

Seit dem 1. Januar unterstütze ich bei der Stiftung Marktwirtschaft die unabhängige Kommission ‚Steuergesetzbuch‘. Ihr Anliegen ist es, überparteilich ein ordnungspolitisch klares und zugleich wettbewerbsfähiges Steuersystem zu entwickeln.“



Wissenschaftliche Mitarbeiter: Hermann Ottmar Gauß (oben) und Carl Dominik Klepper.

Carl Dominik Klepper, wissenschaftlicher Mitarbeiter:

„Der 1.2. 2005 bezeichnet für mich eine bedeutsame Grenze: Nach langen Lehrjahren heißt es nun, die erworbenen Kenntnisse weiterzuentwickeln und — quasi verzinst — an die Gesellschaft zurückzugeben. Dafür bietet die Stiftung Marktwirtschaft eine ideale Grundlage.

Der Weg zum Gendarmenmarkt führte über ein VWL-Studium, zunächst in Münster und Aix-en-Provence, dann an der Humboldt-Universität Berlin. Thema meiner Diplomarbeit bei Prof. Charles Blankart war die Insolvenzrechtsreform 2001. Im

Rahmen meiner Dissertation zur steuerlichen Gewinnabgrenzung von multinationalen Unternehmen bei Prof. Christian Kirchner ging ich für ein Jahr nach Berkeley. Derzeit warte ich auf den Termin für die Disputation.

In der Stiftung fallen mir die Bereiche Markt und Wachstum sowie Wettbewerbsordnung zu. In den Themen Bürokratie, Verschuldung, Demographie und Bildung möchte ich die Stiftung Marktwirtschaft bei der Erarbeitung wegweisender Lösungsansätze unterstützen.“

Unsere neuen Schwerpunktthemen

Im Bereich **Markt und Wachstum** engagieren wir uns für mehr Wettbewerb, Flexibilität und Transparenz auf dem Arbeitsmarkt sowie für ein einfaches, faires und wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Wir kämpfen für mehr individuelle Freiheit und Eigenverantwortung von Bürgern und Unternehmen. Ansprechpartner für diesen Bereich ist Carl Dominik Klepper, für das Unterthema „Arbeitsmarkt“ Dr. Guido Raddatz, für die Kommission „Steuergesetzbuch“ Hermann Ottmar Gauß.

Im Themenfeld **Soziale Sicherung** streiten wir für zukunftsfeste und effiziente Sozialversicherungssysteme – in Gesundheit, Pflege und Rente, aber auch in der Arbeitslosenversicherung. Zuständig ist Dr. Guido Raddatz.

Im Bereich **Wettbewerbsordnung** widmen wir uns den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, plädieren für Freihandel und Föderalismus. Auch Themen wie Staatsverschuldung und die demographische Herausforderung fallen in diesen Bereich. Carl Dominik Klepper ist Ansprechpartner.

Seitenblick

Handelsblatt

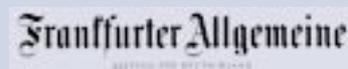
Endlich mehr Realismus in der Steuerreformdebatte!

Donata Riedel berichtete in mehreren Beiträgen über die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“ unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft. U.a. urteilte sie im Kommentar: „Der Stiftung Marktwirtschaft gebührt das Verdienst, die Debatte über eine große Steuerreform wiederbelebt zu haben.“ Sinnvoll sei der Ansatz der Stiftung, „die Priorität weg von den Einkommensteuertarifen hin zur Unternehmensbesteuerung zu verschieben.“ (2. und 27. Dezember 2004).



Umfassender Reformentwurf zur Unternehmensbesteuerung

In einem Artikel zur Reform der Unternehmensteuern berichteten Sven Afhüppe und Wolfgang Reuter auch darüber, daß zur Zeit allein eine „parteiübergreifende Kommission unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft“ einen „umfassenden Reformentwurf“ plane. Die Zeit dränge, zitierten sie Michael Eilfort: „Wer von den Unternehmen „einmal Deutschland verlassen hat, kommt so schnell nicht wieder zurück.“ (13. Dezember 2004).



Kommission sieht Notwendigkeit einer Spreizung

Manfred Schäfers berichtete über eine erste inhaltliche Entscheidung der Kommission „Steuergesetzbuch“: Angesichts des internationalen Wettbewerbs halte sie es für unausweichlich, die Körperschaftsteuer stärker zu senken als die Einkommensteuer in der Spitze. „Wir sind nicht für eine derartige Spreizung, aber sehen die Notwendigkeit“, so Prof. Dr. Joachim Lang (2. Dezember 2004).

Seitenblick



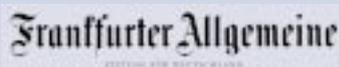
Stellungnahme Eilfort

Michael Eilfort nahm im ZDF-Heute Journal (2. Februar) und bei Berlin direkt (6. Februar) Stellung zu den alarmierenden Arbeitsmarktzahlen vom Januar 2005. Seine Lösungsansätze: „Der erste Punkt ist: Die Lohnnebenkosten müssen runter. Wir haben in Deutschland weit überdurchschnittliche Lohnnebenkosten im europäischen Vergleich. Auch die Steuerbelastung der Unternehmen ist weit überdurchschnittlich. Und wir haben drittens das Problem, daß sich Arbeit aus Sicht des Arbeitnehmers oft nicht zu lohnen scheint, wenn er auf der anderen Seite sieht, daß diejenigen, die nicht arbeiten, oft netto sogar noch mehr behalten als er selbst.“

**Wirtschafts
Woche**

Wahre Arbeitslosigkeit

In seinem Beitrag zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wies Rolf Ackermann darauf hin, daß die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen weit höher liege als bei den offiziell ausgewiesenen 5 Millionen. Durch Ausweitung der Ein-Euro-Jobs sei mittelfristig eine Entlastung der offiziellen Statistik um 600.000 Personen zu erwarten. „Ein arbeitsmarktstatistischer GAU“, zitierte Ackermann dazu Dr. Guido Raddatz von der Stiftung Marktwirtschaft (3. Februar 2005).



Chancen kaum verbessert

Claudia Bröll wies auf die Einschätzung der Stiftung Marktwirtschaft hin, der Rückgang der aktiven Arbeitsmarktpolitik sei positiv zu bewerten. Denn die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verbesserten oft kaum die Chancen auf eine reguläre Tätigkeit. Zudem müßten die Kosten über Arbeitslosenversicherungsbeiträge oder über Steuern finanziert werden. „Beides wirkt beschäftigungsfeindlich“, zitierte sie Guido Raddatz (1. März 2005).

Arbeitslosenversicherung: Beitragssenkung ist machbar

Hohe Lohn- und steigende Lohnnebenkosten sind eine der zentralen Ursachen für den Arbeitsplatzabbau und die Rekordarbeitslosigkeit in unserem Land. Ein relativ kurzfristig realisierbarer Teilschritt zur Umkehrung dieses Trends ist eine Reform der Arbeitslosenversicherung, um einen niedrigeren Beitragssatz zu ermöglichen. Eine Absenkung von 6,5 auf 5 % setzt Einsparungen von rund 11 Mrd. Euro voraus – bei einem finanziellen Ausgabenvolumen der Arbeitslosenversicherung von rund 54 Mrd. Euro im Jahr 2004. Diese Summe läßt sich nicht allein durch eine einzelne Maßnahme wie etwa das Zurückführen der aktiven Arbeitsmarktpolitik realisieren.

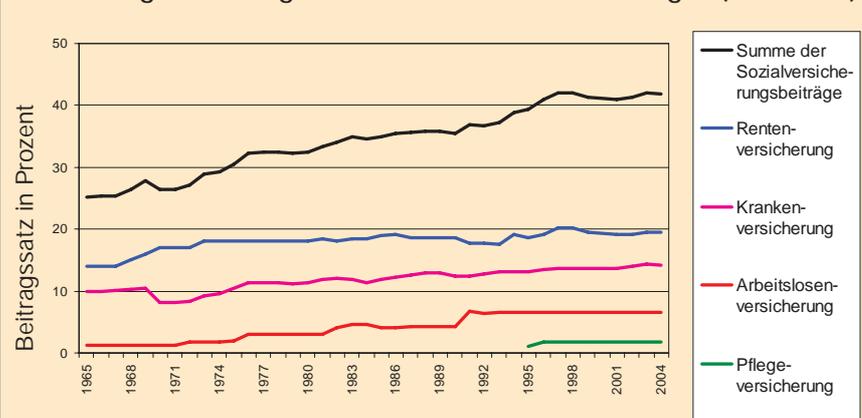
Verantwortung der Länder

Hinzukommen muß eine Umfinanzierung der familienpolitischen Komponente des Arbeitslosengeldes (67 % statt 60 % des pauschalierten Nettoentgelts für Arbeitslose mit Kindern) sowie der Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Ausbildung. Beides sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht nur den abhängig Beschäftigten aufgebürdet werden dürfen. In der Bildungspolitik müssen zudem die Länder wieder stärker in die Verantwortung genommen werden.

Wegen erwiesener Ineffizienz sind arbeitsmarktpolitische Leistungen wie ABM, berufliche Weiterbildung und die – v.a. in demographischer Perspektive – kontraproduktive Altersteilzeit entweder abzuschaffen oder zumindest deutlich zu reduzieren. Auf dem dann noch verbleibenden geringeren Niveau könnten berufliche Weiterbildungsmaßnahmen durch eine Selbstbeteiligung – beispielsweise in Höhe von 20 % der Kosten – durch die Teilnehmer nach Beendigung der Arbeitslosigkeit finanziert werden. Dadurch ließen sich nicht nur positive fiskalische Effekte, sondern auch eine höhere Maßnahmeneffizienz und eine bessere Zielgruppenorientierung erreichen.

Schließlich muß auch das Arbeitslosengeld und seine Finanzierung auf den Prüfstand. Zum einen ist dabei an eine verzögerte Leistungsgewährung im Sinne einer einmonatigen Karenzzeit zu denken. Zum anderen könnten die Einsparungen aufgrund der verringerten maximalen Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld, die ab dem Jahr 2007 zu deutlichen Einsparungen beim Arbeitslosengeld führen werden, kurzfristig durch einen höheren Bundeszuschuß „zwischenfinanziert“ werden.

Entwicklung der Beitragssätze in den Sozialversicherungen (1965-2004)



Quelle: BMGS (2004) und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2003, 2004).

Weniger Arbeitslose dank ILO-Statistik?

Lag die Arbeitslosigkeit im Januar bei nur 4 Millionen und damit etwa um 1 Million niedriger als von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesen? Diese scheinbar frohe Kunde vom Arbeitsmarkt verkündet zumindest eine neue Arbeitslosenstatistik, die nach den Vorgaben der International Labour Organization (ILO) seit Anfang des Jahres monatlich erhoben wird.

Eine solche Folgerung wäre jedoch ein Trugschluß, denn die niedrigere Arbeits-

losenzahl nach dem ILO-Konzept resultiert allein aus einer anderen Abgrenzung und statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit. So gilt in der neuen ILO-Statistik, die auf Basis einer Telefonbefragung erhoben wird, jeder als erwerbstätig, der mehr als eine Stunde pro Woche arbeitet. In der Statistik der Bundesagentur hingegen gelten Menschen bis zu einer Beschäftigung von 15 Wochenstunden als arbeitslos.

Welche Statistik richtig oder falsch ist, ist eine müßige Frage. Die wahre Arbeitslosenzahl gibt es nicht (siehe Grafik). So fallen viele Menschen allein deshalb aus der Statistik heraus, weil sie an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich aufgrund vorruhestandsähnlicher Leistungen nicht mehr um eine neue Stelle bemühen müssen.



Ein-Euro-Jobs in der Wirtschaft?

Die Idee der Schaffung von gemeinnützigen Beschäftigungen, wie es die so genannte Ein-Euro-Job-Regelung für Empfänger des Arbeitslosengeld II vorsieht, ist grundsätzlich sinnvoll. Für das ALG-II kann eine Gegenleistung eingefordert werden, so daß stärkere Anreize entstehen, eine reguläre Beschäftigung zu suchen. Außerdem stärkt eine regelmäßige sinnvolle Tätigkeit das Selbstwertgefühl der Betroffenen und kann dazu beitragen, ihre berufliche Qualifikation zu erhalten. Die derzeitige Regelung weist jedoch Schwachpunkte auf, die geändert werden müssen.

So haben Langzeitarbeitslose aufgrund der niedrigen Hinzuverdienstmöglichkeiten derzeit häufig unterm Strich mehr Geld, wenn sie einen Ein-Euro-Job anstelle einer regulären Beschäftigung annehmen. Diese Asymmetrie muß abgebaut werden, indem die Zuverdienstmöglichkeiten bei Ein-

Euro-Jobs – offiziell „Mehraufwandsentschädigung“ genannt – auf ein Minimum begrenzt bleiben und die Transferentzugsrate bei regulärer Arbeit entsprechend angepaßt wird.

Damit künftig nicht allein im öffentlichen Sektor „zusätzliche Arbeitsgelegenheiten“ geschaffen werden und in potentielle Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten, schlägt die Stiftung Marktwirtschaft vor, der Bundesagentur für Arbeit die Möglichkeit einzuräumen, Arbeitslose an die private Wirtschaft meistbietend zu verleihen. Die Entleihgebühr wird sich im Wettbewerb entsprechend der Leistungsfähigkeit ergeben. Eine Subventionierung findet so nicht statt und die Verdrängung regulärer Arbeitsplätze wird weitgehend verhindert. Unter diesen Bedingungen könnten Ein-Euro-Jobs auch auf die private Wirtschaft ausgeweitet werden.

Seitenblick

Handelsblatt

Neue ILO-Statistik senkt Quote
Petra Schwarz analysierte die Effekte der neuen Arbeitslosenstatistik nach ILO. Laut Guido Raddatz können die Daten „nur als eine Untergrenze der Arbeitslosigkeit interpretiert werden.“ Er befürchte, „daß sich die verantwortlichen Politiker wegen des niedrigeren Niveaus künftig vorzugsweise an dem ILO-Konzept orientieren werden“ (5. Januar 2005). Am 23. und 28. Februar wurde Raddatz zitiert, auch die ILO-Zahlen seien „keine frohe Botschaft.“

Handelsblatt

Kontroverse um Ein-Euro-Jobs
Ein weiterer Handelsblatt-Artikel schilderte die Kontroverse um eine Ausweitung der Ein-Euro-Jobs auf private Unternehmen. Darin wurde auch die Stiftung Marktwirtschaft zitiert, dies könne bei vernünftiger Ausgestaltung sinnvoll sein. Zwar seien Verdrängungseffekte nicht auszuschließen, im Saldo würden jedoch deutlich mehr Stellen entstehen (12. Januar 2005).

Börsen-Zeitung

Statistik verbirgt Ausmaß
Im Gastkommentar wies Michael Eilfort darauf hin, daß es die „wahre“ Arbeitslosenzahl nicht gebe. Je nach Methode könne man zur Zeit 4,5 bis 8,5 Mio. Arbeitslose ausweisen. Wichtiger sei aber die Entwicklung im Zeitablauf. „Und hier wird schnell deutlich, daß in Deutschland ein großes Problem struktureller Arbeitslosigkeit besteht.“ Nun gelte es, den Betroffenen auch zu echten Chancen auf einem echten Arbeitsmarkt zu verhelfen (3. Februar 2005).

unternehmermagazin

Breiterer Ansatz nötig
Im Kommentar lobte Michael Eilfort, die Bundesregierung habe bei der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der ersten Legislaturperiode Fortschritte gemacht. Aber: „Wirksame Arbeitsmarktpolitik muß breiter ansetzen, als es selbst ein Superminister für Wirtschaft und Arbeit kann.“ (Heft 1/2 2005)

Seitenblick

Süddeutsche Zeitung**Stille Steuerreformer mit überparteilichem Credo**

Nach Ulrich Schäfer ist die Kommission „Steuergesetzbuch“ ein „wichtiger, stiller Katalysator“. „Wir wollen ein ganzheitliches Konzept vorlegen“, zitierte er Michael Eilfort, „nur so kann man ein zukunftsfähiges Steuersystem schaffen.“ Der Entwurf der Kommission solle der nächsten Regierung – ganz egal, wer sie führt – als Handreichung dienen: „Wir sind gesprächsbereit für jeden“, so Eilfort. Die Stiftung werde sich von keiner Richtung vereinnahmen lassen: „Die Überparteilichkeit bleibt unser Credo“, betonte Eilfort (15. Februar 2005). Bereits am 7. Dezember hatte Ulrich Schäfer über das Projekt berichtet.

Neue Zürcher Zeitung**Kommission „Steuergesetzbuch“ als Hoffnungsträger**

Peter Rasonyi, Berlin-Korrespondent der NZZ, schrieb, weder Regierung noch Opposition lieferten ein stimmiges Steuerkonzept. Daher „konzentrieren sich alle Hoffnungen auf die parteiunabhängige Stiftung Marktwirtschaft, die im letzten Jahr eine sehr breit abgestützte Kommission ‚Steuergesetzbuch‘ gegründet hat.“ Dort balle sich „eine eindruckliche Menge an Sachverstand aus den Universitäten, der Politik und der Verwaltung. Ihr ist jener große Wurf am ehesten zuzutrauen, den alle bisherigen Konzepte vermissen lassen.“ (21. Januar 2005).

DIE WELT**Expertengruppe arbeitet an Steuerrechtsreform**

Cornelia Wolber berichtete über die Expertengruppe unter Leitung von Prof. Dr. Joachim Lang, welche „im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft an einer radikalen Vereinfachung des deutschen Steuerrechtes arbeitet“ (3. Januar 2005).

Umfassende Steuerreform bleibt auf der Tagesordnung

„Um Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu stärken, brauchen wir eine umfassende Steuerreform.“ Dieses Zitat aus der Rede des Bundespräsidenten am 15. März 2005 drückt auch Anspruch und Agenda der Kommission „Steuergesetzbuch“ aus.

Die unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft seit dem 14. Juli 2004 tätige Kommission arbeitet mit ca. 70 Mitgliedern an einem umfassenden Reformansatz. Die dort versammelten Experten aus Wissenschaft, Rechtsprechung, Verwaltung, Unternehmen und Beratung unter Leitung von Prof. Dr. Joachim Lang (Köln) haben das Ziel, bis Ende 2005 ein neues Einkom-

mensteuergesetz, ein neues Körperschaftsteuergesetz, ein Gewinnermittlungsgesetz und eine Neuordnung der Kommunal Finanzen zu formulieren.

Noch vor der Sommerpause ist geplant, in einem erweiterten Expertenforum ein Arbeitsgespräch zum Sachstand der Modelle zur Integration der Personengesellschaften in die Körperschaftsteuer zu führen.

Im Herbst 2005 wird die Kommission mit einem Symposium zur Kommunalfinanzierung erste Ergebnisse präsentieren. Nähere Informationen zur Kommission finden sich unter www.neues-steuergesetzbuch.de.

Die Kommission „Steuergesetzbuch“

Lenkungsgruppe / Politischer Beirat**Arbeitsgruppe Einkommensteuer / Abgabenordnung**

Die Arbeitsgruppe Einkommensteuer / Abgabenordnung unter Vorsitz von Prof. Dr. Joachim Lang hat auf der Grundlage des „Kölner Entwurfs“ das Ziel, die Fundamentalprinzipien des Einkommensteuerrechts, Leistungsfähigkeitsprinzip und Nettoprinzip wieder zur Geltung zu bringen und damit Gerechtigkeit und Akzeptanz der Besteuerung wieder herzustellen. Die Arbeitsgruppe hat zwei zusätzliche Unterarbeitsgruppen „Einkommensteuer-Vollzug“ (Prof. Dr. Roman Seer) und „Zukunftssicherung“ (Prof. Dr. Dietmar Wellisch) gebildet.

Arbeitsgruppe Unternehmensbesteuerung

Die Arbeitsgruppe Unternehmensbesteuerung unter Vorsitz von Prof. Dr. Norbert Herzig arbeitet in folgenden Unterarbeitsgruppen: Gewinnermittlung (Prof. Dr. Norbert Herzig), Integrationsmodelle (Prof. Dr. Johanna Hey), Körperschaftsteuer (Prof. Dr. Thiel), Gruppenbesteuerung / Umstrukturierung (Prof. Dr. Norbert Herzig / Prof. Dr. Thomas Rödder), EU / Internationales Recht (Prof. Dr. Franz Wassermeyer).

Arbeitsgruppe Kommunal Finanzen

Die Arbeitsgruppe Kommunal Finanzen unter Vorsitz von Prof. Dr. Manfred Mössner arbeitet im Rahmen eines Drei-Säulen-Ansatzes daran, den Kommunen unter Abschaffung der Gewerbesteuer eine nachhaltige und verlässliche Einnahmenbasis zu verschaffen: (1) Reform der Grundsteuer, Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer in Form einer kommunalen (2) Bürgersteuer und einer (3) Wirtschaftsteuer.